

Beschluss des Landrats vom 13.11.2025

Nr. 1425

24. Deutsch der Schlüssel zum Erfolg

2025/205; Protokoll: ps

Landratspräsident **Reto Tschudin** (SVP) informiert, der Regierungsrat nehme den Vorstoss als Postulat entgegen und beantrage gleichzeitig dessen Abschreibung.

Caroline Mall (SVP) führt aus, das Postulat des vorherigen Traktandums sei stillschweigend überwiesen worden. Die Rednerin hätte sich gewünscht, dass die Motion genauso stillschweigend überwiesen würde. Die Landratsmitglieder sind sich alle einig, wie wichtig die deutsche Sprache ist. Die Rednerin ruft die vielen bildungspolitischen Vorstösse in Erinnerung, die der Landrat bereits überwiesen hat, sodass sie umgesetzt werden konnten – und erinnert daran, dass es Jahre brauchte, bis die Vorschulkinder nun verpflichtend in Angebote geschickt werden, damit sie vor Schuleintritt der deutschen Sprache mächtig werden. Der Regierungsrat argumentiert nun tatsächlich, es sei nicht nötig, für die Einbürgerung ein B2-Niveau zu verlangen. Das Baselbiet habe im gesamtschweizerischen Vergleich fast keine Einbürgerungen. Ein B1-Niveau reiche völlig, das Baselbiet wäre ansonsten der Kanton mit den strengsten Auflagen für Einbürgerungen. Den Einbürgerungswilligen würde es erschwert, sich einzubürgern. Sind das Argumente, wenn die Frage im Raum steht, ob Deutsch der Schlüssel zum Erfolg ist? Ist ein B2-Niveau für Menschen, die sich einzubürgern wollen, zu viel verlangt? Die Rednerin kann sich nicht vorstellen, dass 90 Landratsmitglieder so denken. Menschen, die eingebürgert werden sollen und sämtliche Auflagen erfüllen, sollten die deutschen Sprachen so gut beherrschen, damit sie als Eltern ihren Kindern im Schweizer Schulsystem helfen können. Man macht es gerade umgekehrt: Bei der Einbürgerung reicht das B1-Niveau, weil es Schulangebote gibt, die den Kindern helfen, damit sie die deutsche Sprache lernen. Das versteht die Rednerin nicht. Man muss den Mut haben, das einzufordern – selbst wenn das Baselbiet der einzige Kanton wäre, der mündliche und schriftlich ein B2-Niveau verlangt. Wer willig ist – der Regierungsrat schreibt auch, die Integration beginne viel früher, nämlich in dem Moment, in dem die Person in die Schweiz kommt –, müsste zuerst ein Integrationsprogramm absolvieren, das auch den Punkt «Deutsch» enthält, und zwar in kürzester Zeit. Dies für das Land, die Nachkommen, die Gesellschaft und das Bildungssystem. Die Menschen mit einem B2-Niveau könnten ihre Kinder in der Schule unterstützen. Es bräuchte möglicherweise keinen DaZ-Unterricht mehr, andere Angebote könnten reduziert werden etc. Die Impacts wären nur positiv. Die Rednerin vermutet, dass man den Vorstoss nicht braucht, weil alles wunderbar funktioniert. Dies ist nicht der Fall bezüglich der deutschen Sprache. Die Rednerin wäre froh um Überweisung der Motion – als gutes Zeichen für die Gesellschaft, die Schweiz und die deutsche Sprache.

Juliana Weber Killer (SP) hält fest, der rote Schweizerpass werde nicht verschenkt. Die Hürden, um ihn zu erlangen, sind heute schon sehr hoch. Auf allen Staatsebenen werden die ausländischen Staatsbürgerinnen und Staatsbürger durchleuchtet und auf Herz und Nieren geprüft. Das Verfahren ist sehr lang und aufwändig. Wenn man beim Einbürgerungsgespräch Zweifel hat, ob sie die Sprachkenntnisse des Niveau B1 erfüllen, müssen sie einen Sprachtest absolvieren. Die Verschärfung der Sprachkenntnisse findet die Rednerin nicht zielführend. Einig ist die Rednerin mit Caroline Mall darin, dass Sprachkenntnisse für die Integration und allgemein wichtig sind. Beim B1-Niveau handelt es sich aber bereits um eine fortgeschrittene Sprachverwendung. Dazu steht: «...kann die Hauptpunkte verstehen, wenn klare Standardsprache verwendet usw. wird und wenn es um vertraute Dinge aus Arbeit, Schule und Freizeit geht; kann die meisten Situationen bewältigen, denen man auf Reisen im Sprachgebiet begegnet; kann sich einfach und zusammenhängend

äussern über vertraute Themen und persönliche Interessensgebiete; kann über Erfahrungen und Ereignisse berichten, Träume, Hoffnungen und Ziele beschreiben und zu Plänen und Ansichten kurze Begründungen oder Erklärungen geben.» Das ist ausreichend, um den Alltag bewältigen zu können. Der Bund verlangt als Mindestanforderung mündlich das B1- und das A2-Niveau schriftlich. Auch in den Nachbarkantonen wird dies so gehandhabt (Basel-Stadt, Aargau, Solothurn und Jura). Mit B1 mündlich und schriftlich hat der Kanton Basel-Landschaft bereits strengere Vorgaben.

Für eine gelungene und erfolgreiche Integration sind auch weitere Faktoren ausschlaggebend. Wenn die Rednerin etwa in einer Akte im Amt für Migration, Integration und Bürgerrechtlesen kann, dass für die ausländischen Staatsbürgerinnen der Lebensmittelpunkt hier in der Schweiz ist, dass sie sich hier zu Hause fühlen oder dass sie sich in einer Gemeinde engagieren, in einem Verein aktiv sind. Immer ist auch von jungen Männern zu lesen, dass sie ins Schweizer Militär wollen. Einige haben auch bereits ein Eigenheim gekauft, sie sind hierhergekommen, um zu bleiben. Viele erwähnen auch die direkte Demokratie und wünschen, auch abstimmen zu können. Weiter ist zu erwähnen, dass es auch gebürtige Schweizerinnen gibt, die nicht fähig sind, einen einfachen Text zu lesen und zu verstehen. Das nennt man in der Fachsprache «funktionaler Analphabetismus». Da gibt die Rednerin den Ball weiter an die Behörden, denn sie wären angehalten, die Abstimmungsvorlagen so auszustalten, dass sie einfach und in einem verständlichen Deutsch geschrieben sind. Aber vielleicht beabsichtigt Caroline Mall, dass der Kanton Basel-Landschaft für Einbürgerungen unattraktiv wird. Zumindest ihr Abstimmungsverhalten im Landrat lässt darauf schliessen, denn bei allen Einbürgerungsvorlagen drückt sie konsequent den roten Knopf.

Heinz Lerf (FDP) sagt, der Regierungsrat beantragt bekanntlich, die Motion als Postulat entgegenzunehmen und das Postulat abzuschreiben. Der Regierungsrat hat den Antrag an den Landrat aus Sicht der FDP-Fraktion gut und verständlich begründet. Die FDP-Fraktion unterstützt den Antrag des Regierungsrats. In vielen Kantonen gilt als Voraussetzung für die kantonale Einbürgerung noch immer das Sprachniveau nach dem bekannten europäischen Referenzrahmen A2 schriftlich und B1 mündlich. Das Baselbiet hat mit B1 mündlich und schriftlich bereits höhere Anforderungen an die Kenntnisse der deutschen Sprache als andere Kantone. Generell, das war auch zu lesen, ist die Einbürgerungsquote im Baselbiet eher tief. Die geforderte Erhöhung des Sprachniveaus würde bedeuten, dass der Kanton die strengsten Vorgaben aller Kantone hätte. Die FDP-Fraktion erachtet das Vorgehen als nicht sinnvoll. Die Überweisung des Vorstosses als Motion wird abgelehnt. Eine Überweisung als Postulat mit gleichzeitiger Abschreibung wird unterstützt.

Marc Scherrer (Die Mitte) sagt, die Mitte-Fraktion habe sich noch keine Meinung bilden können. Eine Frage an Caroline Mall: Dem Redner ist nicht ganz klar, wie es funktionieren soll. Wenn die Hürde von B1 auf B2 erhöht werden soll – wofür der Redner grundsätzlich Verständnis hat –, dann wäre die logische Konsequenz, dass es viel weniger Einbürgerungen gäbe, die Personen jedoch nach wie vor hier wären. Der Umstand, dass sie Deutsch zu wenig gut beherrschen, wäre nach wie vor gegeben, mit dem unschönen Effekt, dass sie nicht eingebürgert werden können. Worum geht es der Motionärin genau?

Eine Frage an den Regierungsrat: Dessen Argument lautet: «*Die sprachlichen Kenntnisse von eingebürgerten Personen im Kanton Basel-Landschaft stellen daher bisher auch keine Probleme dar.*» Das würde im Umkehrschluss bedeuten, dass man mit gutem Gewissen auf das B2-Niveau erhöhen könnte, weil die sprachliche Barriere offensichtlich keine Hürde darstellt. Gäbe es nicht weniger Einbürgerungen, weil das Niveau ohnehin bereits auf B2 ist?

Andrea Heger (EVP) hält fest, es sei Augenwischerei, wenn gesagt werde, die DaZ-Stunden könnten abgeschafft werden, wenn alle Eingebürgerten über ein höheres Deutsch-Niveau verfügen.

ten. Erstens sind Eltern und Kinder nicht dasselbe und zweitens gibt es auch Geflüchtete. Es kommt darauf an, wie schnell eine Sprache erlernt werden kann. Kinder können in rund einem Viertel- bis einem halben Jahr eine neue Sprache lernen, gewisse haben jedoch aufgrund anderer Belastungen damit Probleme. Es ist wichtig, dass sich die Erwachsenen anstrengen und die Sprache lernen. Jedoch wurde aufgezeigt, dass der Kanton Basel-Landschaft bereits strenger ist als andere Kantone. Es gibt auch Studien, die zeigen, dass die Einbürgerung eine Motivation darstellt, um noch schneller die Sprache zu lernen und zu verbessern, weil man mitbestimmen kann und alles besser verstehen möchte. Das Niveau B2 stellt eine zu hohe Erwartung dar und ist auch integrationshemmend. Die Grüne/EVP-Fraktion folgt dem Regierungsrat.

Persönlich würde die Rednerin einen anderen Ansatz verfolgen als die Einteilung in mündlich und schriftlich: Man müsste unterteilen in Lese- und Hörverständnis und in Anwendung und Formulierung. Caroline Mall erwartet, dass sich jemand fliessend ausdrücken kann. Das ist nicht nötig. Die Rednerin findet persönlich, man könnte diskutieren, ob das Hör- und Leseverständnis auf dem B2-Niveau sein müsste. Der Anspruch, ein B2-Niveau mündlich und schriftlich zu verlangen, ist zu hoch.

Marco Agostini (Grüne) sagt, die deutsche Sprache sei wichtig, aber sie werde nun überbewertet. Die Eltern sowie die Tante und der Onkel des Redners kamen in den 50er-Jahren in die Schweiz – unterdessen leben sie nicht mehr. Der Redner kann behaupten, dass seine Angehörigen etwa so viel Deutsch konnten wie er selber Rätoromanisch oder Serbokroatisch. Sie waren jedoch integriert – und wer etwas anderes behauptet, der muss dem Redner Red und Antwort stehen. Sie hielten sich an die Regeln, arbeiteten, zahlten ihre Steuern, hatten Freunde, Bekannte und fühlten sich wohl, obwohl ihr Deutsch sehr schlecht war.

Zur Behauptung, dass die Eltern ihren Kindern helfen können, die Schule zu bewältigen: Der Redner und seine Cousins schafften den Sprung ins PG, zum Teil in die Realschule –, wurden alle gross und erfolgreich. Dieses Argument sollte nicht überbewertet werden. Die Menschen zeigen eine grosse Integrationsstärke. Dies wird in den Bürgergemeinden geprüft. Diese Leute beherrschen das Sprachniveau B1, haben sich integriert, haben keine Schulden, keinen Eintrag im Strafregister. Sie halten sich an sehr viele Dinge, die verlangt werden. Das Niveau B2 ist übertrieben. Würde dieses dazu beitragen, dass die SVP den Einbürgerungen jeweils zustimmt, könnte der Redner sogar mit der Motion leben, aber das wird nicht der Fall sein. Die SVP begründet ihre Ablehnung der Einbürgerungen damit, dass diese im Paket vorgelegt werden.

Es braucht kein B2-Niveau und die Haltung der SVP würde sich nicht ändern.

Caroline Mall (SVP) sieht, dass die Meinungen rund um die Integration weit auseinandergehen würden. Für die Rednerin ist die deutsche Sprache einer der wichtigsten Aspekte. Über die anderen Punkte kann gerne diskutiert werden. Das Beispiel von Marco Agostini ist genial – man lebt während 50 Jahren in der Schweiz und ist integriert, spricht jedoch kein Deutsch. Das geht nicht. Es gibt eine Verantwortung. Kinder müssen in der Schule unterstützt werden. Es geht der Rednerin vor allem um die Bildung. Wer sagt denn, es gebe ein Problem in Deutsch und Mathe? Es soll dort angesetzt werden, wo Möglichkeiten bestehen, damit das Deutsch besser wird – nämlich bei Menschen, die sich einbürgern lassen wollen. Diese haben alles getan, arbeiten hier – aber das Niveau B2 würde noch ein Stück weiter gehen und sie könnten zeigen, dass sie auch ihre Kinder so gut als möglich unterstützen können. Man befindet sich auf dem Weg, dass die Schule und der Staat alles übernehmen müssen, weil die Erziehungsberechtigten das zum Teil nicht mehr wollen oder können und weil alles angeboten wird. Deshalb kam die Rednerin auf die Idee mit dem B2-Niveau. Die Argumente, dass Einbürgerungen verhindert werden sollen und Basel-Landschaft der strengste Kanton wäre etc., stellen keine materiellen Gründe dar, die gegen B2 sprechen. Es gibt keinen Grund, weshalb nicht mutig gesagt werden kann, dass im Kanton das Niveau B2 gilt.

Kommt die Motivation, ein B2-Niveau zu erlangen, nach der Einbürgerung, dann ist die Rednerin im falschen Film. Es ist nicht schlecht, sondern es stärkt in jeder Beziehung. Die Rednerin hat die Botschaft verstanden und geht mit wehenden Fahnen unter. Aber es wird weitere Vorstösse geben. Sie wird überprüfen, was alles übersetzt werden muss etc. Die Argumente des Regierungsrats haben obsiegt, es kann abgestimmt werden.

Gzim Hasanaj (Grüne) sagt, so einfach sei das Thema nicht – und man könne nicht einfach aufhören zu diskutieren. Deutsch ist sehr wichtig, da gibt es keine Differenz. Was Marco Agostini gesagt hat, stimmt vielleicht, weil es Leute gibt, die die Sprache nicht beherrschen und trotzdem integriert sind. Das muss nicht unbedingt ein Widerspruch sein. Eine Tatsache ist: Nicht alle Menschen sind gleich. Die einen lernen sehr schnell und sehr viel – und andere haben dafür kein Talent. Diese sind handwerklich begabt, gut integriert und leisten sehr viel für das Land, aber sie haben eine sprachliche Schwäche. Nun sollen diese bestraft werden, weil sie andere Talente haben als die Rhetorik wie die Parlamentsmitglieder. Das Bundesgesetz über die Ausländer und Ausländerinnen und die Integration besagt in Artikel 4, dem Integrationsartikel, dass «*die Integration sowohl den entsprechenden Willen der Ausländerinnen und Ausländer als auch die Offenheit der schweizerischen Bevölkerung voraussetzt.*» (Abs. 3). Die Integration ist keine Einbahnstrasse, sondern eine Strasse mit Gegenverkehr. Deshalb sollten sich diejenigen, die nach Integration rufen, fragen, wie oft sie auf dem Spielplatz mit einer fremdsprachigen Mutter ein Gespräch geführt haben. Viele dieser Frauen haben Sprachkurse besucht, aber sie kommen nicht vorwärts, weil sie diese Kenntnisse nicht anwenden können im Gespräch mit Nachbarn, auf dem Spielplatz etc. Zur Integration können alle etwas beitragen. Der Redner weiß nicht, welchen Beitrag diejenigen Landratsmitglieder leisten, die am lautesten die Integration fordern. Die Leute, die zur Einbürgerung vorgeschlagen werden, haben alle Hürden genommen. Es gibt Leute, die konsequent gegen Einbürgerungen stimmen, was keinen Beitrag zur Integration darstellt. Der Redner wird auch ein Postulat ablehnen.

Regierungsrätin **Kathrin Schweizer** (SP) bittet darum, den Vorstoss als Postulat zu überweisen und abzuschreiben. Das Baselbiet verfügt bereits jetzt über höhere Anforderungen als vom Bund verlangt. Es wurde bereits gesagt. Das B1-Niveau bedeutet gute Sprachkenntnisse und die selbstständige Sprachverwendung. Dies als Antwort auf die Frage nach der aktiven und passiven Sprachanwendung. Gleichzeitig hat der Kanton Basel-Landschaft im schweizweiten Vergleich eine sehr tiefe Einbürgerungsquote. Es werden folglich nicht zu viele Leute eingebürgert. Die strengen Sprachanforderungen schlagen sich in der Quote nieder.

Marc Scherrer fragte zum einen Satz in der Begründung des Regierungsrats, was damit gemeint sei. Dieser bezieht sich auf die Argumentation der Motionäerin, die sagt, das Sprachniveau sei zu tief angesetzt und es brauche eine Erhöhung der sprachlichen Integration. Der Regierungsrat ist der Meinung, das funktioniere heute schon gut. Es gibt keine Probleme bei der sprachlichen Integration, weil die bereits erfolgt ist. Wichtig erscheint, dass die Staatsbürgerschaft einen Schritt in der ganzen Integrationskette darstellt, eigentlich der letzte, den man gegen aussen feststellt. Eine ETH-Studie zeigt, dass das Einkommen in den Folgejahren massiv ansteigt, das heißt, die Integration geht weiter. Diese Personen haben dann meistens auch bessere Verdienstmöglichkeiten. Man ist froh, dass sie diese Chance erhalten. Ein letzter Appell an die Motionäerin: Wenn das Sprachniveau angehoben wird, werden als Folge davon nicht gleich viele Leute eingebürgert, die besser Deutsch beherrschen, sondern es wird weniger Einbürgerungen geben. Dies würde zu dazu führen, dass es mehr Kinder gäbe, die sich in der von Caroline Mall beschriebenen Situation befänden. Es handelt sich um eine Scheinlösung, an diesem Aspekt zu schrauben. Wenn es um die frühe Sprachförderung geht, ist sich die Rednerin mit der Motionärin sehr oft einig, dass diese einen Weg darstellt.

Landratspräsident **Reto Tschudin** (SVP) informiert, Caroline Mall halte an einer Motion fest.

://: Mit 52:22 Stimmen bei 3 Enthaltungen wird die Motion abgelehnt.
